

## **Inklusion in der Schule: Es geht nicht mehr um das ob, sondern um das wie!**

Landesverband Baden-Württemberg der Lebenshilfe diskutierte mit Eltern von Kindern mit Behinderung und Fachleuten über die Perspektiven einer „Schule für Alle“

Wie eine gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung gelingen kann und vor welchen Herausforderungen Schule und Eltern dabei stehen, wird aktuell breit diskutiert. Auch deshalb hat der Landesverband Baden-Württemberg der Lebenshilfe mit dem „Forum Junge Lebenshilfe“ am 10.05.2014 in Herrenberg-Gültstein zum zweiten Mal Eltern und Angehörigen von Kindern mit sogenannter geistiger Behinderung, aber auch Lehrkräften und Fachleuten der Behindertenhilfe eine Plattform zum Erfahrungsaustausch und zur Entwicklung von Perspektiven einer inklusiven Beschulung geschaffen.

Unter dem Motto „Eine Schule für Alle!“ stand das Thema inklusive Bildung, das heißt der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne Behinderung, im Mittelpunkt des Fachtages. Bärbel Kehl-Maurer, aus dem Vorstand des Landesverbandes Lebenshilfe, und Thomas Feistauer, Geschäftsführer des Landesverbandes Lebenshilfe, begrüßten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Dabei stellten sie insbesondere den Selbsthilfecharakter der Lebenshilfe heraus. Lebenshilfe stünde stets für Weiterentwicklung der Behindertenhilfe und gesamtgesellschaftlicher Aspekte. Daher ist die Umgestaltung des Schulsystems unter inklusiven Gesichtspunkten ein zentrales Thema der Lebenshilfe auf regionaler, wie auf Landesebene.

Daniel Hager-Mann von der Stabsstelle Gemeinschaftsschule und Inklusion des Kultusministeriums Baden-Württemberg berichtete zunächst über den aktuellen Stand der Schulentwicklung in Baden-Württemberg und stellte sich danach den zahlreichen Fragen der Eltern und Experten. Hager-Mann riss in seinem Vortrag die Eckpunkte für die geplante Schulgesetzänderung für das Schuljahr 2015/2016 an und unterstrich dabei, dass Gemeinschaftsschulen grundsätzlich einen inklusiven Charakter hätten.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurden an Thementischen die folgenden zentralen Fragestellungen genauer in den Blick genommen:

- Gelingfaktoren und Problemanzeigen beim Übergang vom Besuch einer inklusiven Kindertageseinrichtung in die („inklusive“) Schule
- Erfahrungen und Ansätze eines gemeinsamen Unterrichts in der Grundschule
- Möglichkeiten eines erfolgreichen Übergangs in ein inklusives Bildungssetting im Sekundarbereich
- Inklusive Chancen der neuen Strukturen der Gemeinschaftsschule

Den Abschluss bildeten zentrale Forderungen seitens des Teilnehmerkreises, die der Landesverband Lebenshilfe weiterverfolgen wird:

- Nach Unterzeichnung der Behindertenrechtskonvention, kann es nicht mehr darum gehen ob, sondern wie Inklusion umgesetzt wird.
- Es gilt, an Erfahrungen mit integrativer Beschulung anzuknüpfen und Angebote integrativer und inklusiver Beschulung für alle Kinder mit Beeinträchtigung auszubauen.
- Es gibt gute Beispiele ganz unterschiedlicher Schulen mit gemeinsamem Unterricht. Dabei ist ein Wesensmerkmal, dass der jeweilige Schulabschluss in der Regel nicht oder nur mit Abweichungen erreicht werden kann.
- Die Gemeinschaftsschulen bieten insbesondere die Gelegenheit, eine „Schule für Alle“ zu realisieren. Dennoch ist es wichtig, einen inklusiven Ansatz nicht auf bestimmte Schultypen zu begrenzen, sondern die ganze Bandbreite der bisherigen Schulformen im Sinne einer Weiterentwicklung des ganzen Schulsystems zu berücksichtigen. Es muss Ziel sein, in Bezug auf alle Schultypen lernzieldifferenzierten Unterricht zu entwickeln.
- Für die Lebenshilfe ist es entscheidend, dass die Rahmenbedingungen für gemeinsamen Unterricht bedarfsgerecht ausgestaltet werden, damit allen Kindern eine angemessene Förderung und Bildung zuteil werden kann.
- Hierbei können Modellversuche eine gute Möglichkeit sein, Bedingungen und Konzepte gemeinsamen Unterrichts zu entwickeln, die auch den einzelnen Schulen, ihren Traditionen und Leitbildern entsprechen.

Der Landesverband Lebenshilfe hat seine Bereitschaft zur konstruktiven und inhaltlichen Mitarbeit im Rahmen der Thematik „Schule für Alle“ gegenüber der Landespolitik noch einmal bekräftigt und steht dabei im direkten Dialog mit dem Kultusministerium Baden-Württemberg. Dieses hat der Lebenshilfe in der vergangenen Woche eine aktive Beteiligung an der konkreten Entwicklung der geplanten Schulgesetzänderung zugesichert.

**4.180 Zeichen (mit Leerzeichen). Abdruck frei. Belegexemplar erbeten.**

---

## Über die Lebenshilfe Baden-Württemberg

Der Landesverband Baden-Württemberg der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung e. V. ist der Zusammenschluss von 65 Orts- und Kreisvereinigungen der Lebenshilfe mit insgesamt 22.000 Einzelmitgliedern sowie 37 weiteren Mitgliedsorganisationen. Wesentliche Aufgabe des Landesverbandes ist es, die Interessen (insbesondere geistig) behinderter Menschen und ihrer Angehörigen gegenüber der Landespolitik, der Verwaltung und den Kostenträgern (Sozialhilfeträger, Pflegekassen usw.) zu vertreten. Außerdem unterstützt der Landesverband die Arbeit der Lebenshilfe-Vereine vor Ort, die über ihre Selbsthilfetätigkeit hinaus auch Träger von über 300 Diensten und Einrichtungen (Frühförderstellen, Kindergärten, Schulen, Werkstätten für behinderte Menschen, Integrationsfirmen, Wohnangebote, Offene Hilfen / Familienentlastende Dienste) sind, welche von etwa 20.000 Menschen mit Behinderungen und ihren Familien in Anspruch genommen werden. Schließlich ist der Landesverband Träger einer Vielzahl von Fort- und Weiterbildungsangeboten für Menschen mit Behinderungen, Eltern und Angehörige sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Einrichtungen und Diensten der Behindertenhilfe.

Die Lebenshilfe ist eine Selbsthilfeorganisation, in der betroffene Menschen und deren Angehörige ihre Interessen wirksam selbst vertreten. Dem elfköpfigen Landesvorstand gehören vier Eltern und Angehörige sowie zwei Menschen mit Behinderungen an.

---

Ansprechpartner:

Landesverband Baden-Württemberg der Lebenshilfe für Menschen mit Behinderung e. V.

Stephan Kurzenberger, Fachbereich Soziale Teilhabe, Kommunikation und Projekte

Neckarstraße 155a, 70190 Stuttgart, Fon: 0711-25589-24, Fax: 0711-25589-55, [stephan,kurzenberger@lebenshilfe-bw.de](mailto:stephan,kurzenberger@lebenshilfe-bw.de)